

Ökonomie und Diakonie

Wirtschaftlich handeln - und den diakonischen Auftrag nicht vergessen



Diakonische Einrichtungen und Dienste stehen in den letzten Jahren immer mehr unter ökonomischem Druck und sind gezwungen, erhebliche Konsolidierungsprozesse umzusetzen. Die Deckungslücke zwischen den gesetzten Grenzen gesetzlicher Rahmenbedingungen der Refinanzierung einerseits und den ebenso steigenden Personal- und Sachkosten auf der anderen Seite wird immer größer. Unter diesen Bedingungen weiterhin wirtschaftlich zu handeln und den diakonischen Auftrag zu erfüllen ist die Herausforderung diakonisch geprägter Altenhilfe. Ob und wie dies authentisch gelingen kann, wollen wir auf dem DEVAP-Bundeskongress am 25. und 26.09. gemeinsam diskutieren. Dr. Uwe Becker, Theologischer Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, wird in Berlin die Situation der Pflege in den politischen Gesamtzusammenhang einordnen. Für die „DEVAP impuls“ skizziert er seine Analyse und beschreibt, worum es aus seiner Sicht geht.

Wenn im Folgenden, bezogen auf das diakonische Handlungsfeld Pflege, der Verhältnisbestimmung von wirtschaftlichem Handeln und diakonischem Auftrag nachgegangen wird, dann geht es dabei weder um eine abstrakte Polemik gegen „die Ökonomie“, noch um eine falsch verstandene Ehrenrettung, als müsse sich Diakonie als ökonomiefreie Zone unter Beweis stellen. Es ist stattdessen geradezu Bestandteil des diakonischen Auftrags, sich für eine Gestaltung ökonomischer Zusammenhänge einzusetzen, die engagiert und kritisch der Verfremdung

und Fehlsteuerung ökonomischer Zwecke entgegentritt. Es geht um die Wiederaneignung der Ökonomie unter einer auch diakonischen, nämlich menschengerechten Prämisse, wie es der Wirtschaftsethiker Arthur Rich einmal beschrieben hat: „Wirtschaft (ist) keine eigenständige Ordnung ... wie die naturgegebene Welt, sondern eine vom Menschen und für den Menschen geschaffene Institution ... In dem Maße die Wirtschaft (den menschlichen) Grundbedürfnissen gerecht wird, sich somit als menschengerecht erweist, in dem Maße hat sie für den Menschen



Liebe Leserinnen und Leser,

wie eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie

Allensbach ergeben hat, genügt 71 Prozent der Bevölkerung das Engagement der Regierung auch nach der jüngsten Reform nicht. Das zeigt: Auch wenn das Thema Pflege gern verdrängt wird, nimmt die Gesellschaft das Problem durchaus wahr. Und es ist nicht vergessen, wie enttäuschend das von der Regierung so groß ausgerufenen „Jahr der Pflege“ 2011 ausgefallen ist. Ich bin mir nicht sicher, ob dies den Politikern, die jetzt ihren Wahlkampf beginnen, bewusst ist. Und ob ihnen klar ist, dass leere Versprechungen nicht mehr reichen und Geld in die Hand genommen werden muss, um die Pflege aus der chronischen Unterfinanzierung zu holen. Denn die Pflege ist systemrelevant! Immer mehr Wähler sind dafür sensibilisiert. Damit die Pflege eine Großbaustelle im Wahljahr wird, bringt der DEVAP das Thema Pflege noch einmal intensiv in die politische Debatte. Dazu haben wir mit der Diakonie Deutschland die politische Strategie „An die Pflege denken“ entwickelt. Erste Gesprächstermine sind erfolgreich verlaufen, wie Sie auf den nächsten Seiten lesen werden. Weiteres wird folgen!

Ihre


Renate Gamp

Plädoyer für Generalistik

Der Deutsche Caritasverband, die Diakonie Deutschland und die konfessionellen Bundesverbände der Altenhilfe und Krankenhäuser, u. a. der DEVAP, setzen sich seit langem nachdrücklich für eine Zusammenführung der bisher getrennt erfolgenden Ausbildungsgänge in den Pflegeberufen ein. Diese kirchlichen Verbände bilden mit ihren Einrichtungen und Ausbildungsstätten die tragende Säule in der Pflegeausbildung und sind sich dieser Verantwortung bewusst. Deshalb sprechen sie sich als arbeitsfeldübergreifende Interessenvertretung gemeinsam für eine zukunftsfähige Pflegeausbildung aus. Auch angesichts der rückwärtsgegangenen Gegeninitiativen zum derzeit in der Pflegebranche intensiv diskutierten Thema Generalistik bleibt der Zusammenschluss kirchlicher Verbände bei seiner Position.

Damit bekräftigen die kirchlichen Verbände ihre Empfehlungen zur generalistischen Pflegeausbildung, die sie im April 2011 vorgelegt haben. Sie drängen auf eine zügige Klärung der Finanzierungsfragen und erwarten, dass baldmöglichst ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt werden kann. Nur eine künftig generalistische Ausbildung wird dem neuen Versorgungsbedarf im demographischen Wandel gerecht.

Eine grundlegend reformierte Pflegeausbildung muss die Vielfalt der erforderlichen Kompetenzen in der Theorie und an unterschiedlichen Praxisorten vermitteln. Sie ist die Voraussetzung für die spätere Spezialisierung in einer differenzierten Pflegelandschaft, in denen Pflegekräfte flexibel zwischen unterschiedlichen Einsatzorten und Tätigkeitsfeldern wechseln können und müssen. Zugleich erhöht sie die Attraktivität des Pflegeberufs und wirkt so dem Fachkräftemangel entgegen.

Sinn. Und in dem Maße sie das nicht tut, also ihren Zweck verfehlt, in dem Maße wird sie sinnlos werden, dem Absurden verfallen, mag auch ihre Effizienz einen noch so hohen Stand erreichen und sich anscheinend durch ein Optimum an Rationalität auszeichnen.“¹ Insofern gilt die Spurensuche zunächst den absurden und sinnlosen Zweckverfremdungen wirtschaftlichen Handelns.

Ökonomische Absurditäten

Der jüngste Reichtums- und Armutsbericht resümiert selbst in der von Wirtschaftsminister Rösler retuschierten Fassung einen exorbitanten Zugewinn privater Nettovermögen in Höhe von 1,4 Billionen Euro allein im Zeitraum zwischen 2007 bis 2012, überwiegend in den obersten Einkommensschichten, während das Nettovermögen des deutschen Staates, also der „öffentliche Reichtum“ in den vergangenen zwanzig Jahren um 800 Milliarden Euro zurückging. Es sei nur angedeutet, dass ein derartiger Zuwachs an privaten Vermögen unmöglich realwirtschaftlich investiert werden kann und folglich zu einem guten Teil die Basis für zukünftige Finanzspekulationen hergibt. Man darf knapp erinnern: Eine der wesentlichen Grundlagen für den deutschen Export- und Bilanzüberschuss der vergangenen Jahre, für enorme Kapitalgewinne und folglich frei spielende Spekulationen war und sind immer noch sinkende Reallöhne. 80 Prozent des Handels der EU-Mitgliedsstaaten erfolgen über den europäischen Binnenmarkt. Mit anderen Worten: Die lohnbasierte Wettbewerbsstärke Deutschlands ging und geht zu Lasten anderer EU-Staaten, sei es Spanien, Italien oder Frankreich.

Wenn inzwischen eine Reihe von Rettungsschirmen und Fiskalpakten krisengeschüttelte Wirtschaftsräume wie Griechenland, Spanien oder Zypern zu stabilisieren bemüht sind, dann hat das zwei sozialpolitisch gravierende Folgen: Zum einen betrifft dies die durchgängige Kürzung des Lohn-, Renten- und Sozialleistungsniveaus der genannten europäischen Staaten, begleitet von exorbitanten Arbeitslosenraten, bedingt durch die Schwäche ihrer Exportwirtschaft. Zum anderen haben die 2012 im Rahmen des Fiskalpaktes verschärften Auflagen zur Schuldenbremse auch für die hiesigen Kommunal- und Landeshaushalte eklatante Folgen. Mit anderen Worten: Die spekulationsbedingte Finanzkrise wird durch massive Einschnitte im Sozialen und der Verknappung öffentlicher Mittel aufgefangen. Man darf davon ausgehen: Die Vorhaltung der öffentlichen Daseinsvor-

sorge bricht weiterhin ein, der öffentliche Investitionsstau wächst und der Kampf um die Finanzierung sozialrechtlicher Leistungsansprüche wird noch wesentlich massiver werden. Allein in Nordrhein-Westfalen stehen nahezu alle Kommunen unter Haushaltssicherung. Und es ist die kommunale Kassenlage, die maßgeblich über die Lebensqualität vor Ort entscheidet, also über die Bildungsinfrastruktur und über Ressourcen zur Quartierentwicklung angesichts des demografischen Wandels, was den Kontext der häuslichen Pflege bereits andeutet.

Zu dieser Abwärtsentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge gesellt sich einerseits eine frappierende Entwicklung zur Altersarmut und andererseits perspektivisch eine Verknappung der Kassen der sozialen Sicherungssysteme mit entsprechender Bemühung um Deckelung der Ausgabenseite. Was die Altersarmut anbelangt, so sind schon jetzt die Neuzugangsrenten auf das Niveau der frühen 90er Jahre gesunken, also um 20 bis 25 Prozent.² Die Zahl der Rentner, die Anspruch auf ergänzenden Sozialtransfer haben, steigt. Die Absenkung des Rentensatzes von ehemals 59 Prozent auf 43 Prozent bis 2030 wird diesen Trend verschärfen. Die sozialen Sicherungssysteme verzeichnen zwar gegenwärtig erhöhte Rücklagen, aber wenn der Arbeitsmarkt einbricht, wofür einiges spricht, wird sich zeigen, dass die Entwicklung des Niedriglohnssektors sowie der enorme Zuwachs an nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung die Kassen überfordert.

Diese kurze Skizze zeigt nur an, welche Ergebnisse diese Art der ökonomischen Kurzsichtigkeit produziert: Die öffentliche Armut nimmt zu, bei gleichzeitiger Zunahme der Altersarmut. Was heißt das nun perspektivisch für die Situation der Pflege?

Pflegenotstand

Mit aller statistischen Nüchternheit projiziert der „Themenreport ‚Pflege 2030‘“ der Bertelsmann Stiftung die Variablen der zu erwartenden Pflegeszenarien in gut fünfzehn Jahren. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird, so das Bundesamt für Statistik, von 2,34 Millionen im Jahr 2009 auf 3,4 Millionen im Jahr 2030 und 4,5 Millionen im Jahr 2050 anwachsen.³ Je nachdem, wie man die Mixtur aus professioneller Heimpflege, ambulanter Versorgung und Pflege durch Angehörige oder das soziale Umfeld politisch steuern kann, wird sich die Versorgungslücke auf mindestens 250.000, möglicherweise



aber sogar auf 500.000 Vollzeitäquivalente der Pflegekräfte beziffern lassen. Um wenigstens den unteren Bereich dieses Fachkräftemangels zu erreichen, wäre es erforderlich, die „professionelle Heimpflege auf das Notwendige zu reduzieren, die ambulante Versorgung zu stärken und die Pflege durch Angehörige, Freunde und Nachbarn zu unterstützen“.⁴ Hier besteht insbesondere ein vitales Interesse der Kommunen, denn diese müssen als Sozialhilfeträger bei Nichtauskömmlichkeit der Pflegefinanzierung durch die Pflegeversicherungsleistung und die private Zuzahlung in Ersatzleistung treten. Worauf der Report nicht hinweist, ist der Trend, dass sich dieses Ersatzleistungsvolumen bei steigender Alterarmut enorm erhöhen wird. Die verstärkte Ambulantisierung der Pflege ist aber nicht nur aus finanziellen Gründen sinnvoll, sie entspricht auch dem Wunsch der breiten Mehrheit der Pflegebedürftigen, im häuslichen Umfeld zu bleiben. Der „Vorrang der häuslichen Pflege“ ist zudem in §3 des SGB XI rechtlich normiert. Obwohl also sowohl die Präferenz der Betroffenen, die gesetzliche Normierung wie auch die finanzielle Logik einträchtig beisammen sind, wird diese Zielperspektive durch mehrere Faktoren erheblich konterkariert.

Zunächst ist in Rechnung zu stellen, dass aufgrund des demografischen Wandels nicht nur die Rekrutierung des Fachpersonals schwieriger, sondern auch die familiäre Netzwerkstruktur fragiler wird. Was den ersten Punkt anbelangt, ist es unverzichtbar, die Attraktivität des Pflegeberufs insbesondere finanziell zu erhöhen. Völlig konträr zu dieser zentralen Stellschraube der Fachkräftesicherung ist die absurde Situation, dass in der ambulanten Pflege die Vergütungsverhandlungen mit den Kassen nicht den effektiven Personalkostensteigerungen entsprechen und sich der Wettbewerb insbesondere gegenüber den gewerblichen Anbietern

nicht nur über die Qualität der Arbeit, sondern auch über das Lohnniveau abbildet. Obwohl die Gesamtaufwendungen der ambulanten Leistungen das Budget der Krankenkassen nur mit zwei Prozent belasten, ist diese restriktive Ausgabenpolitik Ausdruck einer generellen Logik der Krankenkassen, die die übergeordneten Fragen der politischen Steuerung nicht im Blick hat. Perspektivisch zuzugestehen ist, dass ohne eine verlässliche Kofinanzierung aus Steuermitteln oder die Einführung einer Bürgerversicherung, in die auch Beamte und Selbständige einzahlen, und die die Kassenbudgets stärkt, die gesetzlichen Krankenversicherungen die steigenden Gesundheitskosten besonders im Krankenhausbereich nicht tragen können, wenn sie ihren Leistungskatalog nicht deutlich einschränken. Hier muss also dringend ordnungspolitisch nachgesteuert werden.

Die familialen und sozialen Netzwerkstrukturen werden ohne eine gezielte politische Flankierung nicht in der Lage sein, die Steigerung der Pflegefälle durch vermehrte häusliche Versorgung zu kompensieren. Auch hier müssen einerseits die finanziellen Anreize durch Erhöhung des Pflegegeldes gestärkt werden, andererseits muss die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf systematisch und gesetzlich verankert werden.⁵ Nur am Rande sei darauf hingewiesen, dass diese mangelnde Koordination von Finanzierungsquellen, den zeitlichen Arrangements der familialen Pflege und der Akquise von Fachkräften dem misslichen Umstand zu verdanken ist, dass es bislang keine vernetzte politische Steuerung zur Sicherung der Pflege der Zukunft gibt. Wenn das Familienministerium über Pflegezeitmodelle diskutiert, das Gesundheitsministerium – wenn auch völlig unzureichend – über den Pflegebedürftigkeitsbegriff und das Finanzministerium über eine private Zusatzversicherung, dann läuft diese Splitterung der Ressortzuständigkeiten entsprechend unsortiert in den Kommunen auf.⁶ Dort aber ist die Herausforderung eines umfassenden Care- und Casemanagements zu gestalten.

Der diakonische Auftrag

Diese kritische Bilanz ökonomischer Fehlsteuerungen und das Plädoyer für eine ökonomische Umsteuerung im Interesse einer zukunftsfähigen Pflege sind bewusst aus diakonischer Perspektive vorgenommen worden. Wenn es der Diakonie um eine nachhaltige Ressourcenausstattung der Pflege und um eine umfassende, alle Problemlagen analysierende Politik der Pflege geht, dann nicht aus Eigennutz. Es geht theologisch darum, dass Men-

Bericht aus Berlin

Liebe Leserin,
lieber Leser,

vor über einem Jahr fand in Berlin die erste Sitzung des „Expertenbeirates zur konkreten Ausgestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ statt. Dieses Gremium soll den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definieren und dabei vor allem den Grad der Selbständigkeit der pflegebedürftigen Menschen berücksichtigen. Daneben sind fachliche und administrative Fragen zu klären. Dazu gehören die Methode der Ableitung konkreter Leistungsansprüche auf Basis des Begutachtungsergebnisses oder das neue Leistungssystem.

Die neu formierte Gruppe setzt auf die Arbeit des alten Beirats auf, der seinen Bericht bereits 2009 vorgelegt hatte. Seitdem wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff erwartet; die tatsächliche Umsetzung allerdings immer wieder verschoben.

Eine differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit und ein entsprechend neues Begutachtungsverfahren sind jedoch die Voraussetzungen für die Sicherstellung einer angemessenen Pflege, vor allem für an einer Demenz erkrankte Menschen. Gegenwärtig sind 1,4 Millionen Menschen von einer Demenz betroffen und benötigen Unterstützung. Doch gerade diese Menschen werden in der bisherigen Definition nicht ausreichend erfasst. Deshalb ist es höchste Zeit, den neuen Begriff zügig umzusetzen.

Nun wurde bekannt, dass die Arbeit des Expertenbeirates länger dauert, als ursprünglich terminiert. Der Bericht, der eigentlich Ende März 2013 vorgestellt werden sollte, werde erst Ende Mai fertig und soll dann im Juni dem Gesundheitsminister überreicht werden.

Im Sinne der uns anvertrauten pflegebedürftigen Menschen bleibt zu hoffen, dass es noch in diesem Jahr zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes kommen wird. Dafür setzt sich der DEVAP auch innerhalb der „politischen Strategie zur Pflege“ ein.

Es grüßt Sie herzlich

Imme Lanz

Hilfe zur Pflege

2,9 Prozent mehr Empfänger

Im Jahr 2011 erhielten in Deutschland rund 423 000 Menschen Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Das meldet das Statistische Bundesamt. Gegenüber 2010 stieg die Zahl der Empfänger um 2,9 Prozent. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, gaben die Träger der Sozialhilfe 2011 netto rund 3,1 Milliarden Euro für diese Leistungen aus, 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Hilfe zur Pflege wird Bedürftigen gewährt, die wegen Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind. Sie wird lediglich geleistet, wenn der Pflegebedürftige die Pflegeleistungen finanziell weder selbst tragen kann noch sie von anderer Seite – wie beispielsweise der Pflegeversicherung – erhält.

Je 1 000 Einwohner waren im Jahr 2011 in Deutschland durchschnittlich rund 7 Frauen und rund 4 Männer auf Hilfe zur Pflege angewiesen. Zwei Drittel (66 Prozent) der Hilfeempfänger waren Frauen. Diese waren mit 79 Jahren im Durchschnitt deutlich älter als die männlichen Leistungsbezieher mit 68 Jahren.

Rund drei Viertel (72 Prozent) der Leistungsbezieher insgesamt nahmen 2011 die Hilfe zur Pflege ausschließlich in Einrichtungen in Anspruch, sie waren fast alle (99 Prozent) auf vollstationäre Pflege angewiesen. Rund 27 Prozent wurde die Hilfe ausschließlich außerhalb von Einrichtungen gewährt. Die übrigen Berechtigten (1 Prozent) bezogen Leistungen der Hilfe zur Pflege sowohl in als auch außerhalb von Einrichtungen.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 verknüpfte die Politik das Ziel, Pflegebedürftige aus der Sozialhilfe zu holen. Die wieder ansteigende Zahl der Leistungsempfänger zeigt, dass dieses Ziel über die Systematik der Pflegeversicherung, nach der nur ein Teil der Kosten übernommen wird, immer weniger erreicht wird.

schen die Verheißung der Ebenbildlichkeit Gottes und die zugesagte Vergegenwärtigung Gottes auch und gerade im Leiden und am Ende des Lebens erfahren können. Deshalb muss die Diakonie auch aus theologischen Gründen die herrschende ökonomische Logik kritisch befragen, sowohl bezüglich ihrer Auswirkungen auf die betriebswirtschaftliche Ebene der einzelnen Einrichtungen, als auch bezüglich der ökonomischen Rahmensetzungen der großen Systeme. Ökonomie ist um des Menschen willen da, wer den Satz umkehrt, erfährt aus guten, auch theologischen Gründen diakonische Kritik.

Dr. Uwe Becker
Theologischer Vorstand Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe
u.becker@diakonie-rwl.de

¹ Rich, Arthur: Wirtschaftsethik, Bd. 2. Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft, Gü-

tersloh 1990, S. 19

² Vgl. Joebges Heike; Meinhardt Volker; Rietzler, Katja; Zwiener, Rudolf: Auf dem Weg in die Altersarmut. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Report 73, September 2012, S. 1-20.

³ Vgl. Rothgang, Heinz; Müller, Rolf; Unger, Rainer: Themenreport „Pflege 2030“. Was ist zu erwarten - was ist zu tun? Bertelmann Stiftung 2012, S. 13.

⁴ A.a.O.: S. 8.

⁵ Vgl. Rinderspacher, Jürgen P.; Herrmann-Stojanov, Irmgard; Pfahl, Svenja; Reuys, Stefan: Zeiten der Pflege. Eine explorative Studie über individuelles Zeitverhalten und gesellschaftliche Zeitstrukturen in der häuslichen Pflege, Berlin 2009.

⁶ So auch Cornelia Coenen-Marx in einem Vortrag auf der Jahrestagung des Evangelischen Verbandes für Altenarbeit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. zur Zukunft der Pflege, in: www.diakonie-rwl.de/kurzlink/eva2012.

Bündnis für gute Pflege

Terminhinweis: Podiumsveranstaltung zum Pflegebedürftigkeitsbegriff

Spannend zu werden verspricht eine Informations- und Diskussionsveranstaltung, die das „Bündnis für gute Pflege“ gerade für den 12. Juni organisiert: Der Schwerpunkt liegt auf dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und dem Bericht des dazu seit längerem tagenden Expertenbeirats, der nach langem Warten zum Zeitpunkt der Veranstaltung vorliegen soll. Die Veranstaltung findet in Berlin statt.



Auf dem Programm steht ein Eingangsvortrag von K.-Dieter Voß, dem Vorsitzenden des Pflegebeirats des Bundesgesundheitsministeriums, wissenschaftliche Beiträge u. a. von Dr. Klaus Wingenfeld, die Vorstellung der Bündnis-Forderungen sowie eine Podiumsdiskussion mit den pflegepolitischen Sprechern der Fraktionen.

Termin: 12. Juni 2013, 13-18 Uhr

Ort: Saarländische Landesvertretung, Berlin

12. DEVAP-Bundeskongress

„Zukunft gestalten – Wirtschaftsfaktor Pflege“

Am 25. und 26. September richtet der DEVAP in Berlin wieder DAS Treffen für Führungs- und Leitungskräfte in der diakonischen Altenhilfe aus. 2013 setzen wir mit dem Kongress „Zukunft gestalten – Wirtschaftsfaktor Pflege“ einen ganz besonderen Schwerpunkt: Die Pflege wird oftmals als ein reiner Kostenproduzent betrachtet. Das ist eine verkürzte Sichtweise. Denn die Pflege ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und als solcher zu betrachten. Diesen „Mehrwert“ wollen wir in den Fokus nehmen. Diakonische Einrichtungen und Dienste nehmen in mehreren Dimensionen eine elementare Rolle in der Gesellschaft ein: Als Garant dafür, dass Menschen mit Pflegebedarf eine würdevolle Pflege und Betreuung erhalten, durch den wirtschaftlichen Beitrag, den sie leisten, als einer der größten Arbeitgeber in Deutschland ebenso wie als Kunde für die Unternehmen vor Ort. Sie sind auch zentrale Gestalter des demografischen Wandels. Dies soll ebenso aufgezeigt werden wie die kritischen Aspekte des Themas „Pflege und Wirtschaft“.

Zukunft gestalten Wirtschaftsfaktor Pflege

12. DEVAP-Bundeskongress
Berlin 25. – 26. September 2013

Die Demografie bildet die Schnittstelle zu anderen gesellschaftlichen Hauptakteuren: zu Wirtschaftsunternehmen und zur Kommunalpolitik. Wie können die Pflege, die Kommunen und die Wirtschaft zusammen die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft angehen, die auf alle zukommen? Wie gemeinsam die Zukunft gestalten? Diesen Zukunftsfragen gehen wir im Dialog mit hochrangigen Vertretern anderer Branchen und der Kommunalpolitik nach. Die Mitglieder des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sind in besonderer Weise bei den Konsequenzen aus der sich ändernden Altersstruktur gefragt. Als einer der zentralen Redner schildert uns daher Uwe Lübking, Beigeordneter des kommunalen Spitzenverbands, die Situation und Handlungsoptionen von Städten und Gemeinden. Parallel zum Schwerpunkt greift das von Praktikern ausgewählte Programm die Fragen auf, die diakonischen Einrichtungen und Diensten heute auf den Nägeln brennen. Auf dem Programm steht u. a.:

- Wirtschaftlich handeln – und den diakonischen Auftrag nicht vergessen
- Der Nachwuchs ist unsere Zukunft – Wettbewerbsvorteil durch zielgruppengerechte Kommunikation
- Fachkraftquote – Flexibilisierung – Fachkraftbedarf
- Sozialraum und Wohnungswirtschaft

- Erfolgreiches betriebliches Gesundheitsmanagement
- Pflegebildung zwischen Kostendruck und Qualitätsanforderungen

Hochaktuell, nämlich vier Tage nach der Bundestagswahl am 22. September, wird im hochkarätig besetzten Abschlussforum diskutiert, wie sich Pflegeeinrichtungen und Dienste selbstbewusst aufstellen – und was sie von der neuen Regierung dafür konkret brauchen. Als Vertreter der Wissenschaft konnte der Sozialökonom Prof. Dr. Bernd Halfar von der katholischen Universität Eichstätt gewonnen werden.

Der Leitkongress der diakonischen Altenhilfe findet erneut im traditionsreichen Evangelischen Johannesstift in Berlin-Spandau statt. Wer sich für das Programm interessiert, sendet am besten eine entsprechende Mail an info@devap.de. Wir senden Ihnen das Programmheft, sobald es vorliegt.

Diakonie ausgezeichnet

Bester Arbeitgeber

Zu den Preisträgern des Wettbewerbs „Beste Arbeitgeber im Gesundheitswesen 2013“ gehören in diesem Jahr mehrere diakonische Einrichtungen: Prämiert wurden das Johanniter-Haus Bethanien in Oschersleben aus Sachsen-Anhalt (2. Platz in der Kategorie Pflege- und Betreuungseinrichtungen), das Johanniter-Stift in Wuppertal und das Joachim-Neander-Haus der Diakonie Düsseldorf. Die „DEVAP impuls“ gratuliert!

„Wir wollten wissen, wo die Diakonie in Bezug auf Arbeitsplatzqualität im Vergleich mit anderen steht“, sagte Adolf Krebs, Vorstand der Diakonie Düsseldorf. Die Auszeichnung sei eine Bestätigung, dass die Diakonie im Umgang mit den Mitarbeitern auf dem richtigen Weg sei. „Wir wollen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Mitarbeiter stolz auf ihre Leistung und damit auch auf ihre Arbeitsstelle sind“, erklärte Krebs.

Dazu gehören auch, Vorschläge der Mitarbeiter für einen besseren Arbeitsablauf und für eine bessere Versorgung der Heimbewohner ernst zu nehmen und umzusetzen, so der Leiter des Joachim-Neander-Hauses, Andreas Maus. Aufgrund dieser Vorschläge seien etwa Netzwerke für Ehrenamtliche entwickelt worden, die bei der Betreuung helfen würden, beispielsweise Bewohner zu Treffen und Veranstaltungen zu bringen.

Bei der Preisverleihung in Berlin wurden im Februar 2013 insgesamt 30 Kliniken, Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste für ihre Qualität und Attraktivität als Arbeitgeber ausgezeichnet. Bereits seit 2006 ermittelt der von der BGW unterstützte Wettbewerb jährlich die 30 besten Arbeitgeber im Gesundheitswesen. Teilnehmen können alle in Deutschland ansässigen Organisationen mit mindestens 20 Mitarbeitern, deren Schwerpunkttätigkeit in der Pflege, Therapie und Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen liegt.

Kostenloser Leitfaden

Pflegeberatung

Das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) hat einen wissenschaftlich geprüften Online-Fragenkatalog für komplexe Beratungssituationen entwickelt. Die gemeinnützige Stiftung will damit Mitarbeitern in der aufsuchenden Pflegeberatung und in Pflegestützpunkten einen kostenlosen Praxisleitfaden zur Verfügung stellen.

Viele pflegebedürftige Menschen wollen ihren Alltag auch trotz eingeschränkter Selbständigkeit zu Hause gestalten und brauchen dazu individuell auf sie angepasste Hilfe. Gerade bei komplexen Bedarfssituationen leistet die Pflegeberatung einen wichtigen Beitrag. Der Gesetzgeber hat daher den Anspruch auf Pflegeberatung im §7a SGB festgeschrieben. Bisher existiert in Deutschland allerdings kein qualitätsgesichertes Verfahren, das langwierige Beratungsgespräche ganzheitlich erfasst. Das ZQP hat eine wissenschaftlich geprüfte PC-Anwendung entwickelt, die sowohl in der aufsuchenden Pflegeberatung als auch in den über 400 Pflegestützpunkten bundesweit kostenlos einsetzbar ist.

Das sogenannte elektronische Pflegeberatungsinventar (ePBI) des ZQP bildet nicht nur eine systematische Grundlage für einen individuellen Hilfsplan, sondern unterstützt die Berater auch in schwierigen und unter Umständen emotional aufgeladenen Gesprächssituationen. Aus Studien zur Pflegeberatungs-Praxis ist bekannt, dass etwa 42 Prozent der Beratungsgespräche über Einzelanfragen hinausgehen. Entsprechend berücksichtigt der ePBI Fragen zu allen Themen, die im Zusammenhang mit Hilfs- und Pflegebedürftigkeit relevant sein können – angefangen bei den Einschränkungen in der Alltagsbewältigung und den sozialen Beziehungen, bis hin zu den aktuell in Anspruch genommenen Leistungen pflegender Angehöriger.

Das ePBI steht allen Interessierten zur nicht-kommerziellen Nutzung kostenfrei auf <http://epbi.zqp.de> zur Verfügung.

Politische Initiative DEVAP und Diakonie „An die Pflege denken“

Erfolgreich angelaufen!

Im Wahljahr 2013 machen der DEVAP und die Diakonie die unzureichenden Rahmenbedingungen in der Altenhilfe zum politischen Thema. Sie wollen mit allen Kräften dafür sorgen, dass der immense Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation von pflegebedürftigen Menschen, ihren Angehörigen sowie der Beschäftigten zum Wahlkampfthema wird. Im Mittelpunkt steht eine praktische Erinnerungshilfe für Politiker: eine To-do-Liste für den Bundestagswahlkampf. Titel und Auftrag: „An die Pflege denken!“ Dieser Schreibblock, der durch sein ansprechendes App-Design auffällt, enthält in knapper Form alles, was politisch Handelnde wissen müssen: die prägnantesten Daten und Fakten zur Dimension und Situation der Pflege sowie was aus Sicht der Diakonie und des DEVAP zu tun ist. Die Forderungen sollen in die Wahlprogramme, in den Bundestagswahlkampf und in die Koalitionsvereinbarung einfließen. Sie sind auf der Internetseite <http://www.diakonie.de/an-die-pflege-denken.html> nachzulesen.



Über die geplanten persönlichen Gespräche hinaus haben die Verbände den „An-die-Pflege-denken“-Block jetzt ausgewählten Politikern gesandt, u. a. Fachpolitikern aus den Ressorts Pflege, Gesundheit, Soziales, Familie, Senioren, bürgerschaftliches Engagement, Recht und Finanzen sowie den Fraktions- und Parteivorsitzenden.

Mit verschiedenen Aktionen unterstützen und verstärken diakonische Landes- und Fachverbände und ihre Einrichtungen während des gesamten Wahlkampfes die Initiative auf Landesebene. Erst vor kurzem setzten Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg ein gemeinsames Zeichen: Unter großem Medieninteresse machten sie auf den Notstand in der ambulanten Pflege aufmerksam. Sie warnten davor, dass ein Sterben unter den Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen drohe, wenn die Kassen die ambulante Altenpflege nicht angemessen refinanzieren. Bereits jetzt würden 60 Prozent der Einrichtungen rote Zahlen schreiben. Am Ende seien die Pflegebedürftigen die Notleidenden.

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO) hat

den „Equal pay day“ am 21. März zum Anlass genommen, um mehr Wertschätzung für den Pflegeberuf zu fordern. Rund 80 Mitarbeitende aus der Pflege und Schüler aus Pflegefachschulen tanzten und sangen bei Schnee und Kälte vor dem Deutschen Bundestag: „We work hard for the money“. Diakoniedirektorin Susanne Kahl-Passoth sagte: „Die Politik sollte auf die Pflegenden hören, sie sind die Zukunft. Die Aktion war ein Erfolg, weil wir den Mitarbeitenden eine Stimme gegeben haben.“

Im Februar diskutierten die Verbände mit den Bundestagskandidaten Mechthild Rawert (SPD) und Dr. Philipp Lengsfeld (CDU). Diakonie und DEVAP hatten zur Besichtigung und Diskussion in den Pflegestützpunkt der Diakonie Stadtmitte in Berlin eingeladen. Nach der Besichtigung sprachen die DEVAP-Vorsitzende Renate Gamp und Maria Loheide, sozialpolitischer Vorstand der Diakonie Deutschland, mit den Politikern über die politischen Herausforderungen vor Ort und in der Bundespolitik. Maria Loheide stellte die Bedeutung von Beratungsangeboten heraus: „Pflegestützpunkte informieren Bürger wohnortnah und unabhängig über die unübersichtlichen ver-

schiedenen Sozialleistungsangebote. Damit übernehmen sie eine wichtige Lotsenfunktion. Damit diese Angebote jeden erreichen, müssen sie noch breiter bekannt gemacht werden.“

Rege wurde diskutiert, was die Bundespolitik besser machen müsste, um die Situation zu verbessern und wie gute Beratungsstrukturen zu organisieren sind. Für den DEVAP erklärte Renate Gamp: „Die Voraussetzung für tragfähige und flächendeckende Beratungsstrukturen ist, dass das Pflegeeneuausrichtungsgesetz, das die Pflegekassen beispielsweise zur Beratung verpflichtet, ordnungsgemäß umgesetzt wird. Wir werden den Umsetzungsprozess kritisch begleiten.“

Übereinstimmend sprach sich die Gesprächsrunde dafür aus, dass das Lohnniveau der Beschäftigten erhöht werden muss. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass es erheblichen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation – der Pflegebedürftigen, der Pflegenden und der Beschäftigten in der Pflege – gibt. Diakonie und DEVAP sehen sich darin bestärkt, dass der Fokus der Politik bis zur Bundestagswahl 2013 unbedingt auf dieses Thema gelenkt werden muss. Weitere Gespräche mit Kandidaten zur Wahl des Deutschen Bundestags sind in Vorbereitung.



Auch in Bayern laufen intensive Gespräche: Der Vorstand des Fachverbandes Evangelische Altenhilfe in Bayern hat Anfang Februar mit SPD-Vertretern über die notwendige Verbesserung einer Finanzierung von Pflege und Betreuung bei alten und pflegebedürftigen Menschen diskutiert, die Palliativpflege und Hospizversorgung thematisiert sowie über die Ausbildung und Qualifizierung in der Altenpflege gesprochen. Den beiden Bundestagsabgeordneten Angelika Graf

und Martin Burkert wurde die „To-do-Liste“ überreicht (siehe Bild). Weitere Termine, Aktionen und Informationen finden sich aktuell auf der Seite <http://www.diakonie.de/an-die-pflege-denken.html>.

Bündnis für gute Pflege

Neben der gezielten Ansprache der Politik über die Aktion „An die Pflege denken“ wollen der DEVAP und die Diakonie auch die Gesellschaft für das Thema sensibilisieren und gewinnen. Deshalb engagieren sie sich im „Bündnis für gute Pflege“. Dort werden gemeinsam mit den Bündnispartnern Aktivitäten erarbeitet, die sich an Betroffene sowie an die allgemeine Öffentlichkeit richten. Seit Anfang März ist das Bündnis noch größer geworden: Auch der „Deutsche Frauenrat“ und der „Internationale Bund“ sind beigetreten. Damit ist der breite Zusammenschluss auf jetzt 23 Mitglieder aus bundesweit handelnden Selbsthilfe- und Verbrauchervertretungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Berufsverbänden angewachsen. Die im Bündnis engagierten Verbände und Organisationen vertreten damit über 13,6 Mio. Mitglieder, rund 16.500 Pflegeeinrichtungen und -dienste, in denen täglich 550.000 Menschen betreut werden und 400.000 Mitarbeitende beschäftigt sind.

Die Bündnispartner bereiten derzeit in regelmäßigen Sitzungen den Aktionszeitraum vom 1. bis 21. Juli vor. In diesen drei Wochen sollen an möglichst vielen Orten in Deutschland die Bündnisforderungen in medienwirksamen Aktionen an Gesundheitsausschuss-Mitglieder vor ihren Wahlkreisbüros übergeben werden. Für den 12. Juni plant das Bündnis eine Veranstaltung zum Pflegebedürftigkeitsbegriff, zu dem die pflegepolitischen Sprecher der Parteien eingeladen sind.

Den Schlusspunkt des Aktionszeitraums bildet eine zentrale Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 20. Juli. Darüber hinaus organisiert das Bündnis zahlreiche weitere Aktivitäten. Aktuelle Informationen und Termine zur Kampagne enthält der Bündnis-Newsletter, der sich bestellen lässt auf der Seite: <http://www.buendnis-fuer-gute-pflege.de/die-kampagne/e-mail-verteiler/>.

DQE-Handreichung Management bewerten

Das Diakonische Institut für Qualitätsentwicklung DQE) hat eine neue Handreichung erarbeitet. Ziel dieser Handreichung ist es, Nutzenden der Diakonie-Siegel-Bundesrahmenhandbücher Anregungen und Hilfestellungen zum Umgang mit den Themen Managementbewertung und Kennzahlen zu geben. Die Umsetzung dieser Bereiche sind Bausteine für eine erfolgreiche Organisationsentwicklung und verankern das Qualitätsmanagement innerhalb der Einrichtungsstruktur. Dabei gibt es verschiedene Wege der Integration dieser Themen in die gelebte Einrichtungskultur.

Durch die Managementbewertung wird das Qualitätsmanagementsystem begutachtet, beurteilt, bewertet und eventuell bestehender Handlungsbedarf festgestellt. Des Weiteren werden einzuleitende, bzw. durchzuführende Maßnahmen bestimmt.

In der Literatur wird diese Art von Bewertung auch als Review bezeichnet. Es handelt sich also um eine Bewertung und Begutachtung der Wirksamkeit der eigenen Weiterentwicklung der Einrichtung durch die Leitung.

Grundlagen für die Bewertung sind in der Regel Kennzahlen. Diese werden in der Einrichtung in unterschiedlichen Ebenen von unterschiedlichen Bereichen ermittelt und ausgewertet. Als Anregung dafür finden Sie in dieser Handreichung zu allen zum derzeitigen Stand bestehenden Diakonie-Siegel-Bundesrahmenhandbüchern Beispielen Kennzahlen.

Dabei können an Kennzahlen ausgerichtete Ziele an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Deshalb gilt es, die geeigneten Kennzahlen einrichtungsintern auszuwählen und ein Kennzahlensystem unter Einbeziehung der Beteiligten zu entwickeln.

Die Handreichung Managementbewertung kann als CD-Rom für 43,00 Euro/Exemplar (inkl. MwSt. und inkl. Kosten für Versand) bestellt werden.

Bestellung per Telefax:
030 65211-3655
per E-Mail:
kennzahlen@diakonie.de

Ratgeber wieder zu haben

Die körperlichen und seelischen Belastungen, denen Menschen, die – oft über mehrere Jahre hinweg – ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen, sind enorm. Dies hat auch die starke Nachfrage nach dem Ratgeber „Entlastung für die Seele – Ratgeber für pflegende Angehörige!“ gezeigt, den die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und die Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung (DPTV) gemeinsam erarbeitet und erstmalig im Februar 2012 den Hilfesuchenden zur Verfügung gestellt hat. Die Erstauflage und die beiden Nachdrucke waren innerhalb kurzer Zeit vergriffen.

„Wir freuen uns, dass durch die Unterstützung von Compass Private Pflegeberatung GmbH eine 4. Auflage gedruckt werden konnte und wir jetzt die lange Vormerkliste abarbeiten können“, so die BAGSO-Vorsitzende und Psychologin Prof. Dr. Ursula Lehr.

Dr. Sibylle Angele, Geschäftsführerin der Compass Private Pflegeberatung, kennt die Schwierigkeiten der Angehörigen: „Viele unserer Klientinnen und Klienten sind pflegende Angehörige. Der Beratungsbedarf ist sehr groß, die Situation der pflegenden Angehörigen ist besonders häufig Thema in den Beratungsgesprächen. Die Broschüre der BAGSO trägt dazu bei, dass sich die Menschen frühzeitig informieren und Hinweise für Unterstützungsangebote erhalten, damit eine Überlastung in der Pflegesituation möglichst gar nicht entsteht.“

Der Ratgeber kann hier – auch in einer größeren Anzahl – bestellt werden:

BAGSO

Bonngasse 10, 53113 Bonn

Tel.: 0228 / 24 99 93 0

Fax: 0228 / 24 99 93 20

Mail: wittig@bagso.de

Außerdem kann er über die Internetseiten der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung (www.dptv.de) und der BAGSO (www.bagso.de) heruntergeladen werden.

Aktueller (Still)Stand

Bereits Ende 2011 hatten die Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Ländern und Verbänden ihre Beratungen zur „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive“ abgeschlossen. Dennoch kam es erst im vergangenen Dezember tatsächlich zur feierlichen Unterzeichnung der gemeinsamen Vereinbarung. Grund dafür war u. a., dass die Länder und die Verbände eine erneute Öffnung der Förderung von Umschulungsmaßnahmen für die Altenpflegeausbildung wenigstens für die dreijährige Dauer der Umsetzung der Maßnahmen aus der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für erforderlich ansahen. Im Rahmen der gemeinsamen Beratungen konnte hier bis zum Schluss keine Einigung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, bzw. mit der Bundesagentur für Arbeit erzielt werden. So wurde im Laufe des letzten Jahres auf der administrativen Ebene ein Kompromissvorschlag erarbeitet und im Rahmen von Spitzengesprächen gemeinsam vereinbart.

Anfang des Jahres brachte die Bundesregierung auf dieser Basis das „Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege“ ein. Das Gesetz enthält erweiterte Verkürzungsmöglichkeiten auf Antrag im Rahmen von „Soll-Vorschriften“ im Altenpflegegesetz. Außerdem ist im SGB III erneut eine dreijährige Förderung von Umschulungen zur Altenpflege durch die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter vorgesehen, befristet zwischen dem 1.04.2013 und dem 31.03.2016.

Die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive soll in der Zeit von Januar 2013 bis Dezember 2016 umgesetzt werden. In zehn Handlungsfeldern wollen die Beteiligten ihr bisheriges Engagement verstärken oder besondere Anstrengungen unternehmen, um der gemeinsamen Zielsetzung einer stufenweisen Erhöhung der Ausbildungszahlen um zehn Prozent näher zu kommen. Die Verbände setzen hier insbesondere auf Möglichkeiten der Weiterqualifizierung von Pflegehelfer/-innen. Unabhängig davon machen sie darauf aufmerksam, dass die dringend erforderlichen Verbesserungen der organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für Einrichtungen und Mitarbeitende ein wesentliches Kriterium für den Erfolg sind.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Offensive einige Angebote auf der ehemals vom Projekt „Servicenetwerk Altenpflegeausbildung“ (2007 – 2010) erstellten Internetseite www.altenpflegeausbildung.net aktualisiert. Dort kann der Gesamttext der Vereinbarung und auch das „Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung“ abgerufen werden. Auch das Analyse-Instrument „Qualität – Ertrag – Kosten (QEK)“, das Einrichtungen unterstützt, die sich in der praktischen Ausbildung engagieren wollen, steht wieder online zur Verfügung.

Weitere Umsetzungs-Schwerpunkte werden die Bereiche Personalentwicklung, insbesondere zum Aspekt der Gesundheitsförderung, sowie die Themenfelder

Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Ausbildung sein. Die Beteiligten dokumentieren den Umsetzungsprozess mit einem Zwischenbericht (Ende 2014) und einem Abschlussbericht.

Pflegeberufsgesetz

Vor etwa einem Jahr legte die Bundesregierung die lange erwarteten Eckpunkte für ein neues Pflegeberufsgesetz vor. Bereits im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009 wurden diese Eckpunkte angekündigt. Nach der Veröffentlichung der Eckpunkte ist es um diesen Prozess mittlerweile ausgesprochen ruhig geworden. Es darf bezweifelt werden, dass es in dieser Legislaturperiode noch zu einem Referentenentwurf kommen wird. Seitens der beteiligten Ministerien (Frauen, Familie, Senioren und Jugend sowie Gesundheit) wird in diesem Zusammenhang u. a. auf noch zu klärende Finanzierungsfragen hingewiesen. So wurde gemeinsam mit den Ländern ein Gutachten in Auftrag gegeben, das bis zur Sommerpause vorliegen soll. Des Weiteren wird auf mögliche Auswirkungen im Zuge der Überarbeitung der europäischen Richtlinie für die Berufsqualifikationen (2005/36/EG) hingewiesen. Im Rahmen dieser Richtlinie soll über neue Voraussetzungen zum Niveau und Inhalt einer europaweiten Anerkennung von Pflegeberufen entschieden werden. Mit dem Abschluss dieser Beratungen wird ebenfalls nicht vor Mai 2013 gerechnet.

Irene Waller-Kächele

Arbeitsfeld Bildung in Sozialen Berufen
Zentrum Familie, Bildung, Engagement,
Diakonie Deutschland, Berlin
irene.waller-kaechele@diakonie.de

Versorgungslücken angehen!

Sucht und Alter? Ist das nicht eines dieser Querschnittsthemen, mit denen man sich befassen sollte, für die im Tagesgeschäft der Altenhilfe aber oft keine Zeit bleibt? Dass diese Einschätzung nicht gang und gäbe ist, zeigte das große Interesse an einem Fachtag zur Situation suchtkrank alter Menschen. Eingeladen hatten der DEVAP, der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe (GVS) und die Diakonie Deutschland. Über 100 Verantwortliche aus Einrichtungen und Diensten der Sucht- und Altenhilfe sowie Vertreter aus der Politik, von Sozialleistungsträgern und Verbänden trafen sich im Februar in Berlin, um ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu sammeln und auszutauschen. Klar wurde: Die Arbeitsfelder Suchthilfe und Altenhilfe, verschieden strukturiert und mit unterschiedlichen Herangehensweisen, sind auf gegenseitigen Wissenstransfer und auf persönliche Kontakte vor Ort angewiesen, um bessere Hilfen für ältere Menschen mit Suchtkrankheiten zu erreichen.

Insgesamt 400.000 Menschen über 60 Jahre sind alkoholabhängig. Bis zu 2,8 Millionen ältere Menschen nehmen zu viele psychoaktive Medikamente ein. Einrichtungen der Suchthilfe erreichen diese Betroffenen nur unzureichend. Damit erhält nur ein sehr kleiner Teil der Betroffenen angemessene fachliche Hilfe. Gleichzeitig kommt es zu einer Verschiebung der Suchtproblematik in Alten- und Pflegeeinrichtungen: Etwa 14 Prozent der von ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen betreuten Menschen haben Alkohol- und Medikamentenprobleme. Die Mitarbeitenden sind oftmals nicht ausreichend auf den Umgang mit Suchtproblemen vorbereitet. Eine Abstimmung zwischen Altenpflegepersonal und Suchtberatungsstellen erfolgt kaum. Alte Menschen mit Suchterkrankungen geraten in eine Versorgungslücke, die u.a. von unregelmäßigen Zuständigkeiten und fehlenden, auf diese Altersgruppe abgestimmten Therapiekonzepten und Hilfsangeboten gekennzeichnet ist.

Was bedeutet das für die Altenhilfe?

Referent Norbert Schmelter ist Geschäftsführer von „Pflege LebensNah“ in Rendsburg, einer eher ambulant geprägten Institution mit vielseitigen Angeboten vom Betreuten Wohnen bis zum Palliativ-Care-Team. Seiner Erfahrung nach sind sämtlichen Angebotsfelder mit Suchtfragen konfrontiert, ob stationär, ambulant oder neue Wohnformen. Ganz offensichtlich ist dies bei Patienten mit einer Korsakow-Demenz. Im stationären und im ambulanten Bereich ist die Abhängigkeit von Medikation ein großes Thema. Wie viele Pflegeeinrichtungen setzt sich „Pflege LebensNah“ für die Reduzierung von Medikamentenabhängigkeit ein. Dabei machen sie gute Erfahrungen mit dem Entschluss, sich über die Zusammenarbeit mit einer Beratungsstelle fachliche Hilfe zu holen. Ein hohes Maß an Kommunikation erfordert nach Schmelters Erfahrung die schwierige Achse zwischen den Hausärzten und dem pflegerischen Bereich. Hier zeigt sich, dass Suchtkrankheit gesellschaftlich

nicht so akzeptiert ist wie beispielsweise ein Beinbruch, was sich als Grundproblem auch bei Ärzten spiegelt. Gelingt die Kooperation jedoch, profitieren Betroffene in besonderem Maße. So wurde es in Rendsburg z. B. möglich, eine Entgiftung im Rahmen der Kurzzeitpflege zu organisieren.

Sucht ist auch für die Mitarbeitenden ein schwieriges Feld – zum einen haben auch Pflegekräfte Suchtprobleme, zum anderen gibt es Ko-Abhängigkeiten zwischen Pflegekräften und Klienten. Ethische Fragen zum Umgang mit dem Suchtverhalten der Betroffenen kommen dazu.

Was ist zu tun?

Nachdem die Bedeutung der Zusammenarbeit der Sucht- und der Altenhilfe so verdeutlicht wurde, diskutierten die Fachtagsbesucher in verschiedenen Workshops, wie mehr Kooperation und Vernetzung gelingen können, wozu auch Erfahrungen aus Modellprojekten der Bundesregierung beitragen. Die grundsätzliche Richtung, um die bestehenden Versorgungslücken anzugehen, ist klar: Notwendig sind eine höhere Sensibilisierung und mehr Fortbildung von Fachkräften in der Sucht- und in der Altenhilfe. Außerdem ist der Auf- und Ausbau von verbindlichen Kooperationsstrukturen zwischen der Sucht- und der Altenhilfe auf allen Ebenen zu fördern. Die Tagung war ein guter Beitrag zu diesem Ziel, darin stimmten die Teilnehmer am Ende der Veranstaltung überein.

Lesetipp: Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS) hat Informationen zu Missbrauch und Abhängigkeit im Alter zusammengestellt, die unter der Internetadresse <http://www.unabhaengig-im-alter.de> abrufbar sind. Ein Link führt zu Informationen über acht BMG-Modellprojekte zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Sucht- und Altenhilfe, an denen auch mehrere diakonische Träger beteiligt sind.

Workshop im Juni

Wer sich für das Thema interessiert, aber nicht am DEVAP-Fachtag teilnehmen konnte, von dem auf dieser Seite berichtet wird, hat eine weitere Gelegenheit zur Fortbildung: Die Bundesakademie für Kirche und Diakonie plant vom 3. bis 4.6.2013 die Veranstaltung „Altenhilfe trifft Suchthilfe – Workshop Sucht im Alter“, in dem sich Führungskräfte aus beiden Disziplinen in Berlin austauschen und neue Aspekte diskutieren können.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Bundesmodellprojekt „Sucht im Alter“ machen einen hohen Bedarf der Altenhilfeeinrichtungen nach Information und Handlungskompetenzen deutlich. Die Suchthilfe erreicht andererseits nur ca. 2 Prozent der älteren Menschen mit Suchtproblemen. Verschiedene Problemlagen sowohl auf Seiten der Suchthilfe als auch auf Seiten der Altenhilfe zeigen an, dass Austausch und Vernetzung der Disziplinen unabdingbar ist.

Inhalt des Workshops:

- Begegnung der Altenhilfe mit der Suchthilfe: Akzeptanz, Neugier und voneinander lernen
- Besonderheiten einer Suchtentwicklung im Alter
- Konstruktiver Umgang mit suchtaufälligen Kunden/Bewohnern/Patienten oder Klienten im Rahmen eines Risikomanagements (QM)
- Aufbau eines Angebots für ältere Menschen mit Suchtproblemen in der ambulanten Behandlung
- Ältere Substituierte
- Ergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt „Sucht im Alter“ (Handlungsanweisungen, Curricula-Pflegeausbildung)

Ort: Bundesakademie für Kirche und Diakonie, Heinrich-Mann-Str. 29, 13156 Berlin-Pankow

Seminarleitung: Hans-Wilhelm Nielsen, Dipl.-Sozialpädagoge, Sozialtherapeut, Gesamtkoordinator des „Psychosozialen Netzwerks Sucht im Alter“, Suchthilfezentrum Schleswig
Seminargebühr: 220,- Euro zzgl. Ü/V

Auskünfte und Anmeldung:

www.bundesakademie-kd.de oder:
Bundesakademie für Kirche und Diakonie gGmbH
Veranstaltungsorganisation
Telefon: 030/48837488
Mail: info@bundesakademie-kd.de

„Engagement macht stark!“

BBE lädt zu Aktionswoche ein

Sechs Monate nur noch und die jährlich stattfindende Woche des bürgerschaftlichen Engagements geht erneut an den Start. Organisiert wird sie vom „Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement“ (BBE). Vom 10. bis zum 21. September 2013 werden sich wieder Bürger, Initiativen, Vereine, Stiftungen, Verbände oder engagierte Unternehmen in Form von beispielhaften Veranstaltungen bundesweit beteiligen können. Zahlreiche Projekte, innovative und unterschiedliche Ideen und Aktionen aus allen Themenbereichen engagierter Veranstalter unter dem gemeinsamen Motto „Engagement macht stark!“ werden im Fokus der Öffentlichkeit stehen und besonders gewürdigt.

Die Vorbereitungen haben bereits begonnen. Erstmals wird die Auftaktveranstaltung am 10. September in der Staatskanzlei in Mainz stattfinden. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer wird die Woche eröffnen und die Gäste begrüßen. „Unser Land wäre ärmer, wenn nicht tausende Bürgerinnen und Bürger ein Ehrenamt ausübten. Mit ihrem freiwilligen Engagement tragen die Bürgerinnen und Bürger zu einer Kultur der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens bei und stärken damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir freuen uns daher ganz besonders, dass 2013 die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements hier in Mainz eröffnet wird“, so die Ministerpräsidentin.

Der Engagementkalender, in dem Veranstaltungen eingetragen werden können, wird in Kürze frei geschaltet. Nutzen Sie dieses Forum und melden Sie sich unter www.engagement-macht-stark/engagementkalender als Veranstalter an. Ob ein Tag der offenen Tür, eine Fachveranstaltung oder ein Freiwilligentag – der BBE freut sich über eine große Beteiligung auch von diakonischen Einrichtungen und Diensten, um gemeinsam zu zeigen, wie vielfältig und nachhaltig Engagement ist.

Aus dem DEVAP

Neues Gesicht in der Geschäftsstelle

Der DEVAP heißt eine neue Mitarbeiterin herzlich willkommen: Als neue Fachreferentin verstärkt seit Mitte Januar Cathleen Rompe die Geschäftsstelle. Die examinierte Krankenschwester und Diplom-Pflegewirtin war zuvor als Assistentin der Geschäftsführung bei der Johanniter Seniorenhäuser GmbH tätig. Sie übernimmt den fachlichen Aufgabenbereich von Heike Wehrbein, die sich wunschgemäß mit dem Jahreswechsel auf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konzentriert.

Aufgrund ihrer langjährigen Berufserfahrung in der Pflege und ihrer Tätigkeit bei der Johanniter Seniorenhäuser GmbH ist die (Wahl-)Berlinerin mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen vertraut, denen die diakonischen Einrichtungen der Altenhilfe gegenüberstehen. Sie kennt den Pflegealltag und weiß, welche Herausforderungen die Pflegenden zu meistern haben, um das Wohl der Pflegebedürftigen zu sichern, aber auch den gesellschaftspolitischen Anforderungen gerecht zu werden.

In ihrer Funktion als Fachreferentin wird Cathleen Rompe pflegepolitische Entwicklungen recherchieren und die Fachgremien und Mitglieder über wichtige Themen informieren. Die Recherche und Lektüre pflegefachlicher Themen gehört ebenso zu ihrem Aufgabenbereich, wie die Zuarbeit

und das Lektorat für Forderungskataloge und Stellungnahmen. Besonders dringend erscheint hier die Positionierung zum längst nicht mehr drohenden, sondern bereits bestehenden Fachkräftemangel, wobei auch die zukünftige Pflegeausbildung eine entscheidende Rolle spielt. Die zwingend notwendige Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie die zukünftige Aufstellung diakonischer Unternehmen im zunehmenden Wettbewerb sind weitere Themen.

Daneben unterstützt Frau Rompe das Team der Geschäftsstelle auch bei der Vor- und Nachbereitung der Vorstandssitzungen und Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands sowie beim Protokollieren und Umsetzen der beschlossenen Aufgaben.

Berufsbegleitende Weiterbildung für Mitarbeitende der Diakonie

DiakonieCare

Bezogen auf seelische Gesundheit und Berufsverbleib kann eine persönliche und sinnstiftende Grundeinstellung eine wichtige Ressource und „Rückenwind“ für Mitarbeitende helfender Berufe darstellen. In Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland und unter wissenschaftlicher Begleitung der Fachhochschule der Diakonie Bielefeld ist es gelungen, eine alltagstaugliche Antwort auf die Frage nach Spiritualität als Kraftquelle zur Gesundheitsförderung für Pflegenden zu finden. Das Trainingsprogramm in den Bereichen Existentielle Kommunikation, Spiritualität und Selbstpflege stattet Mitarbeitende mit stärkenden Konzepten und Methoden aus, um besser den Anforderungen und Herausforderungen des beruflichen Alltags zu begegnen, Hoffnungsquellen zu finden und anderen wirksam in Lebenskrisen beistehen zu können.

Zielgruppe sind Mitarbeitende aller Berufsgruppen im Kontext von stationärer, teilstationärer und ambulanter pflegerischer, betreuender und sozialer Arbeit. Die Weiterbildung umfasst 120 Stunden, verteilt auf sechs zweitägige Module. Der DiakonieCare-Kurs kann an einem der sechs kooperierenden Bildungsstandorte besucht werden oder über diese als Inhouse-Fortbildung in Ihrer Einrichtung gebucht werden. Die Termine werden mit den Bildungseinrichtungen vereinbart, bzw. können deren Bildungskalendern entnommen werden.

Kompetenzen

- Methoden zur Kommunikation in existentiellen Lagen kennen und einsetzen

- Existenzfragen fachlich, persönlich und spirituell beantworten
- gelassen mit Stresssituationen umgehen können und somit die eigene Gesundheit stärken

Ausgewählte Inhalte

- professioneller Umgang mit existentiellen Lebensfragen
- Existentielle Kommunikation im eigenen Arbeitsfeld und Aufgabengebiet
- Sinn und Sinnquellen entdecken
- Spiritualität im (interkulturellen) Alltag erfahrbar machen

Nähere Informationen, auch zu Kursanbietern in Ihrer Nähe, sind erhältlich auf www.DiakonieCare.com.

Projektstände mit Relevanz für die Altenarbeit und -hilfe, sowie unter Beteiligung des DEVAP (Stand: 15.4.13)

| Laufende Projekte im Zentrum GRP: | |
|---|---|
| Titel | Aktueller Stand |
| Diakonische Positionen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung | <p>Projektlaufzeit (gepl.): 09.2012 (Arbeitsbeginn ist 02.2013) - 07.2014</p> <p>Produkt (geplant): Diakonische Positionen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung</p> |
| Finanzierung palliative Kompetenz in stationären Pflegeeinrichtungen | <p>Projektlaufzeit (gepl.): 02.2013 - 02.2014</p> <p>Produkt (geplant): Handreichung als Grundlage zur politischen Meinungsbildung</p> |
| Abgeschlossene Projekte im Zentrum GRP: | |
| Finanzierung der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit (GWAa) - von der Projektförderung zur Nachhaltigkeit | <p>Handreichung liegt in elektronischer und in Druckform vor und kann über die Homepage der Diakonie Deutschland und über das Wissensportal abgerufen werden. 2012 wurden auf der Grundlage des Projektergebnisses drei Fachtagungen im Rahmen des Jahresschwerpunktes Aktives Altern durchgeführt. Finanzierung der Fachtagungen durch BMFSFJ.</p> <p>Produkt: Handreichung „Altenarbeit im Gemeinwesen: Demografisch geboten - politisch notwendig - verlässlich finanziert“ (Diakonie Texte 09.2011)</p> |
| Entwicklung eines Gesamtkonzeptes der Assistenz und Versorgung für Menschen mit Bedarf an Pflege und Teilhabeförderung | <p>Das Projektergebnis bleibt bis auf weiteres ein innerverbandliches Diskussionspapier. Die Diskussion in der Alten- und Behindertenhilfe wird fortgesetzt.</p> <p>Produkt: -Innerverbandliches Diskussionspapier</p> |
| Allgemeine palliative Kultur in diakonischen Einrichtungen und Diensten | <p>Handreichung liegt in elektronischer und in Druckform vor. Das Papier kann über die Homepage der Diakonie Deutschland und über das Wissensportal abgerufen werden.</p> <p>Produkt: Handreichung „Der Tod gehört zum Leben - Allgemeine palliative Versorgung und hospizische Begleitung sterbender Menschen in diakonischen Einrichtungen und Diensten“ (Diakonie Texte 04.2011)</p> |
| „Freiheit, Sicherheit und Schutz der Unversehrtheit der Person“ - Konsequenzen der Artikel 14 und 17 der UN-BRK für die Psychiatrie | <p>Veröffentlichen der politischen Forderungen als Stellungnahme der Diakonie Deutschland. Fertigstellen der Handreichung für die Druckfassung. Es ist geplant, die Handreichung als Diakonie Text im Februar zu veröffentlichen.</p> <p>Produkt: Handreichung für Dienste und Einrichtungen in der Psychiatrie (Kliniken, Betreuungsvereine und Dienste und Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie). Den Schluss der Handreichung bildet ein Katalog politischer Forderungen.</p> |

Mund- und Zahnpflege

Aufgrund körperlicher oder psychischer Einschränkungen können Pflegebedürftige ihre tägliche Mund- und Zahnpflege oftmals nicht mehr selbstständig bewältigen. Häufig sind sie dann auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen. Aber: um gesundheitsgefährdenden Zahn- oder Zahnbetterkrankungen vorzubeugen, benötigt die Pflegeperson hohes Einfühlungsvermögen und vor allem eine professionelle Anleitung. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) in Zusammenarbeit mit der Bundeszahnärztekammer einen Ratgeber im eBook-Format entwickelt und stellt diesen kostenlos auf www.zqp.de zur Verfügung. Der Praxisleitfaden soll die tägliche Mund- und Zahnhygiene sowohl für Pflegebedürftige als auch für die bundesweit 1,2 Millionen pflegenden Angehörigen im häuslichen Umfeld erleichtern.

„Aktuelle Studien belegen, dass wir gerade in der häuslichen Pflege eine Versorgungslücke im Bereich der Mund- und Zahnpflege haben. Deshalb ist es wichtig, neue Versorgungskonzepte zu entwickeln, um Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bei diesem Gesundheitsthema nachhaltig zu unterstützen“, erklärt Dr. Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP.

Der Ratgeber des ZQP informiert daher über allgemeine Fragen zum Thema Mundgesundheit, gibt nützliche Hinweise für die Zahnpflege und führt den Leser Schritt für Schritt durch die richtige Zahn- und Prothesenreinigung. Ein Servicebereich rundet die Broschüre ab. Hier finden Ratsuchende die geeignete Unterstützung. Mit dem anwenderfreundlichen Format startet das ZQP eine neue Themenratgeberreihe zu unterschiedlichen pflegerischen Aspekten.

Neues Liederbuch

„Singen kennt kein Alter“

Der Förderung des Singens mit älteren Menschen hat sich die Initiative „Singen kennt kein Alter“ verschrieben. Ziel von Caritas, Diakonie, Samariterstiftung, Reclam und Verlag Carus ist es, mit Musik die Lebensqualität älterer und hochaltriger Menschen, bzw. demenziell Erkrankter zu steigern. Dazu werden speziell auf die Zielgruppe ausgerichtete Materialien zur Verfügung gestellt. Nun präsentiert die Initiative als zweite Publikation das Liederbuch „Spiel mir eine alte Melodie“. Es enthält bekannte Schlager der zwanziger bis fünfziger Jahre (Lili Marleen, Capri Fischer u. a.) sowie Volkslieder (Ännchen von Tharau, Kein schöner Land u. a.). Bei der sorgfältig abgewogenen Liedauswahl konnten die Herausgeber auf ihre langjährigen Erfahrungen in der musikalischen Arbeit mit älteren Menschen zurückgreifen. Das Liederbuch erscheint im Großdruck und in für ältere Stimmen geeigneten Tonlagen.

„Spiel mir eine alte Melodie“ ist eine Einladung an ältere Menschen, beim gemeinsamen Singen die Musik aus der Jugend wieder zu entdecken. Jeder Mensch lebt seit frühester Kindheit mit Musik. Sie bleibt auch dann im Alter ein verlässlicher Begleiter, wenn im Laufe eines längeren Lebens viel Liebgewonnenes abhandengekommen ist und nahe stehende Menschen verloren gegangen sind. Mit der Musik kehren viele Erinnerungen aus vergangenen Lebensepochen zurück und helfen den Herausforderungen des Alltags zu begegnen. Vertraute Melodien können persönliche Erinnerungen an bestimmte Lebenssituationen hervorrufen und tragen dazu bei, das Wohlbefinden zu stärken und eine Brücke in die Gegenwart zu bauen. Zum Preis von 19,95 Euro kann das Buch über die gemeinsame Projekt-Website www.singen-kennt-kein-alter.de bestellt werden. Die Initiative startete 2012 mit den Publikationen „Aus meines Her-



zens Grunde“ mit den schönsten alten Kirchenliedern. Die Idee wurde besonders in Fachkreisen, in den Medien und vor allem von vielen älteren Menschen begeistert aufgenommen.

Die Internetseite bietet auch die Termine öffentlicher Mitsingkonzerte, die für ältere Menschen eine Gelegenheit schaffen, gemeinsam altes Liedgut wieder zu entdecken. Sie möchten mitmachen? Das geht

z. B. am 6. Juni in Köln. Im St. Kunibert findet ein Mitsingkonzert im Rahmen des Eucharistischen Kongresses statt, gemeinsam mit dem Projektchor „Singen kennt kein Alter“.

Der DEVAP dankt folgenden Partnern für die Unterstützung des 12. DEVAP-Bundeskongresses:

CURACON
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

BKK Diakonie

Von Mensch zu Mensch...



Bank für Sozialwirtschaft

connextvivendi
Die Software für das Sozialwesen

DKB Deutsche Kreditbank AG



Versicherer im Raum der Kirchen
Bruderhilfe · Pax · Familienfürsorge



Solidaris
Nutzen stiften – mit Freude für Menschen



Mensch, Deine Bank!

Wir denken weiter

DEVAP
impuls

DEVAP impuls

Herausgeber: DEVAP

Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V.

Verantwortlich: Vors. Renate Gamp

Redaktion: Heike Wehrbein, Daniel Wagner

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel:

H. Wehrbein, DEVAP

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Fotos: DEVAP, Diakonie Deutschland

DEVAP Geschäftsstelle Berlin

Invalidenstraße 29, 10115 Berlin

Tel. 030 83001-277, Fax 030 83001-25 277

info@devap.de www.devap.info

In eigener Sache: Bei Adressänderungen bitte unbedingt Ihre Kundennummer angeben. Vielen Dank.